

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Monatlich frei handl. Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postleitzettel

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden aus. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Ausgelegt: Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die
postl.-Vollzeitung 1.40 M., zu Postleitzettel 3.50 M., Familienanzeigen 1.30 M. — Für unbedeutig geliebte, sowie durch
Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Deutsche Kommunisten und ober-schlesischer Aufruhr

Die „Note Fahne“ veröffentlicht unter der Überschrift „Reichswehrputz gegen Oberschlesien“ fünf angebliche Dokumente des Reichswehrministeriums, die aus der Zeit vom 7. Oktober 1920 bis zum 25. November stammen sollen, als streng geheim bezeichnet werden, und die beweisen sollen, daß auf Befehl des Reichswehrministeriums in Oberschlesien geheime Waffen- und Munitionslager angelegt worden seien, daß das Reichswehrministerium bereit gewesen sei, das Angebot eines gewissen Major a. a. gegen eine Belohnung von 10.000 Mark Korsarits aus der Welt zu schaffen, anzunehmen, daß deutsche Offiziere als Putschleiter in Oberschlesien in Aussicht genommen worden seien, und ähnlichen Unfahrt.

Diese Dokumente sind, wie und vom Reichswehrministerium mitgeteilt wird, von Anfang bis zu Ende Erfindungen, und zwar sehr unglaubliche Erfindungen, denn sie sind sowohl ihrem Inhalt wie der Form nach als Fälschungen ebenso weiter zu erkennen. Es geht das schon daraus hervor, daß es im Reichswehrministerium keine Abteilung Op. und seit mehr als einem Jahr kein Generalstabschef VI. in Deutschland gibt. Wie wir hören, wird der Reichswehrminister gegen die „Note Fahne“ Strafantrag wegen Hochverrats stellen. Dazu wird uns von unterrichteter Seite noch mitgeteilt:

„Wunderbarlich ist, daß die „Note Fahne“ an Form und Inhalt dieser „Dokumente“ nicht erkannt hat, daß die Schriftstücke überhaupt nicht deutschen Ursprungs sind. Hierzu als Beispiel zweites Dokument“. In ihm wird zunächst angeordnet, daß „In Spandau abmontierte Geschütze auf jeden Fall nach dem Abstimmungsgebot gebracht werden müssen, um dort gegebenenfalls sofort in Bewegung zu treten“. Im nächsten Satz wird aber festgestellt, daß sie doch nicht nach Oberschlesien befördert werden, im übrigen, daß in Oberschlesien schwere Verbände für sie ausführlich gemacht und die Geschütze auf dem Land- oder Wasserweg vorüberin gebracht werden sollen. Da dem Verfasser nunmehr anzuhören ist, ob er selbst auf dem Wasserweg vorüberin gebracht werden soll, ob sein Befehl doch ganz verständlich ist, schafft er jetzt die schärfste Frage ein, „ob der Land- oder Wasserweg der Sicherer sei?“

Unterschrieben ist der Befehl von Major a. a. der auf diese Glanzleistung unverzüglich zum „Oberst“ avanciert und vier Wochen später bereits in dieser Eigenschaft „Auf Befehl des Reichswehrministers“ unterzeichnet.

Hat sich die „Note Fahne“ wohl einmal die Frage vorgelegt, ob diese Dokumente nicht aus derselben Quelle stammen, aus der früher die zahlreichen Falschmeldungen über die „Beschlüsse VI.“, die „Hauptverbündungsliste“ veröffentlich wurden? Will sie sich neuerdings zum Sprachrohr polnischen Imperialismus machen? Und hat die „Note Fahne“ nicht bedacht, daß ihr Vor gehen in unserer augenblicklichen Lage Landesverrat gleichzusehen ist, und daß die günstige Wirkung der von den Deutschen Behörden und den oberösterreichischen Bevölkerung bislang erhalten und von der Entente verhindertlich anerkannten Jurisdiktion durch die Veröffentlichung zum Schaden Deutschlands zunächst gemacht wird?

Zwischen ist dann auch schon eine schnelle Klärung in der Richtung gefolgt, daß es sich tatsächlich um Fälschungen handelt. Wie der Untersuchungsrat des Reichsgerichts mitteilt, ist der Buchhalter Boguski ein polnischer Agent, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrat Janwelt, geständig, diese und andere Befehle selbst hergestellt, photographiert und die Photographien dieser Fälschungen als echte Befehle der polnischen Regierung übermittelt zu haben. Die Photographien befinden sich bei den Gerichten.

Die „Note Fahne“ und die hinter ihr stehenden Kreise hätten übrigens, da schon viele ähnliche gefälschte Dokumente von der polnischen Presse veröffentlicht worden sind, wohl wissen können, daß es sich um Fälschungen und sogar um sehr plausible Fälschungen handelt. Aber es paßt den Kommunisten der jetzige oberösterreichische Aufruhr ganz in ihr Aktionsprogramm, so man wird den berechtigten Verdacht nicht los, daß sie mit einem Teil der polnischen Aufständischen heimlich zusammenarbeiten, um auf der einen Seite durch Herbeirufung eines Chaos in Oberschlesien Verwirrung auch in Deutschland anzuregen, und diese dann zur Verstärkung ihrer Putschabsichten auszunutzen.

Vielleicht tragen sie sich sogar mit dem Gedanken einer kriegerischen Verwirrung zwischen Deutschland und Polen, in die dann die Entente, aber auch Russland und zwar letzteres zu Gunsten Deutschlands eingreifen würde. Dann wäre die Verteilungsgemeinschaft zwischen Sowjetrussland und Deutschland hergestellt. Polen würde überwann und Deutschland würde den Tummelplatz des Endkampfes zwischen dem Entente- oder Weltkapitalismus und dem bolschewistisch-kommunistischen Idee.

Sollte es nicht so kommen, so wäre innerhalb Oberschlesiens nach der Meinung dieser kommunistischen Heute ein geheimer Mittelpunkt, um die bolschewistische Propaganda über Polen, Deutschland, Österreich usw. ausbreiten zu können. Wie weit Kortant dies Spiel mitmacht, steht noch darin. Ob er in rein polnisch-nationalistisch-imperialistischem Sinne wirkt, ob er lediglich aus persönlichem Ehrgeiz handelt, oder ob er die nationalistischen Leidenschaften in Oberschlesien entzündet, um letzten Endes dort eine Art kleine unabhängige Sovjetrepublik zu schaffen — natürlich er an der Spitze — muß die nächste Zukunft zeigen.

Von der Hand zu weisen sind diese Kombinationen fernab, denn daß die deutschen Kommunisten etwas im Schilde führen, hat der Abgeordnete Walzachh fürstlich im Parlament genehmigt anzudenken, und brach nicht mit dem letzten Polenbund in Oberschlesien Mitte März der Kommunistenputz in Deutschland aus?

Dr. Birth über die politische Lage

Staatsanwalt Dr. Birth, der zurzeit auch die Geschäfte des deutschen Außenministeriums führt, hatte die Freundschaft am Freitagabend nachmittag den Chefredakteur der „Germania“, Dr. Hommerich, zu empfangen. Die Unterhaltung war eine außerordentlich eingehende und ausführliche. Gegenstand der Ausführungen des Kanzlers war die innen- und außenpolitische Lage. Der Staatsanwalt machte nach der „Germania“ im wesentlichen etwa folgende Ausführungen:

„Sie haben in Ihrer Zeitung in den letzten Wochen häufig den Gang der Reichspolitik mit kritischen Bemerkungen begleitet. Jede Kritik ist extrakt, sofern sie das Gefüge des Reiches ins Auge sieht. Wenn Sie also Lust haben, die Reichspolitik auch weiterhin zu kritisieren, so tun Sie es, aber beachten Sie, daß Menschen menschlich ist und daß das Leben der Politik darin besteht, daß man voraus schauen hat und dabei naturngemäß ein gewisses Risiko läuft.“

„Sie wollen also wissen, was die neue Regierung tun will. Ich weiß, daß die Presse gern ein Programm von neuen Regierungsmännern entgegen nimmt. Programme sind Leitfäden, über die sich die Meinungen selten einig sind. Die neue Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt ein Programm im Stile einer Totalversetzung nicht zur Hand gehabt. In seiner Schublade eines Ministeriums war für den Fall des Ultimatums eine hundertjährige Arbeit vorhanden, nur das Ultimatum selbst lag vor. Zu erwarten, wie es dazu kommen möchte, scheint mir zur Stunde eine willkürliche Frage. Die Geschichte mag später einmal den Gang der Ereignisse fröhlich nachprüfen.“

„Ich habe sowohl meiner Kabinettskollegen wie den berufenen politischen Akteuren geraten, das Ultimatum anzunehmen. Wie soll die Kabinettbildung zu sein? Sie ist in wenigen Stunden durchzuführen gewesen und schließlich gelungen unter dem wesentlichen Gesichtspunkte, daß auch eine weit bürgerliche Partei an der Regierung teilnimmt. Diese Regierung hätte das Jawort durch meine Erklärung zum Ausdruck gebracht. Es war ein schwerer Schritt. Die Mehrheit des Reichstages hat ihn gebilligt und das deutsche Volk hat ihn, das bin ich sicher, in seiner überwiegenden Mehrheit unterstützt. Stimmen aus Süden und Nord weisen übereinstimmend darauf hin, daß der große Schritt des Jawortes auf der tragfähigen Grundlage der Zustimmung des deutschen Volkes beruht.“

Was bedeutet nun das Jawort? Es soll nicht nur ein Wort sein, das im Winde verhallt, sondern hinter diesem Wort sehen wir den festen Willen, durch Leistungen sowohl in der Frage der Entwicklung wie auf finanziell Gebiete der Welt zu zeigen, daß wir, was in Menschenfreuden steht, ausspielen, die Welt vom guten und festen Willen Deutschlands zur Erfüllung der auferlegten Verpflichtungen zu überzeugen.

Werden Sie, Herr Reichskanzler, so fragte unser Chefredakteur mit besonderem Nachdruck, darum bitten, daß jetzt mit den Terminten, die das Ultimatum setzt, die verlangten Leistungen getätigt werden, so daß jetzt in letzter Minute die entstandene politische Spannung jeweils wieder ihre Lösung finden wird?

Wenn Sie das etwa annehmen, antwortete der Reichskanzler, dann erkennen Sie meine Auffassung von den politischen Erfordernissen unserer Zeit. Beachten Sie bitte, daß die neue Reichsregierung den Entscheid zum Zuges am Tage vor dem Ablauf des Ultimatums gefasst hat. Ich habe mit besonderem Nachdruck darauf hingearbeitet, daß nicht erst in letzter Stunde, wo technische Schwierigkeiten

erscheinen könnten, die politische Entscheidung fallen sollte. Man darf es meines Erachtens bei politischen Entscheidungen nie auf die letzte Minute ankommen lassen. Voraussehen ist doch das A-B-C jeder Politik.“

„Also wir haben Ja gesagt. Es war ein aufrichtiges, ehrliches Ja. Wir knüpfen daran keine Bedingung im Sinne von formalen Konstruktionen, die die Aufrichtigkeit des Ja einschränken könnten. Ich spreche also nicht von Bedingungen. Ich werde auch was in meinen Kräften steht, dahin wirken, daß Entmischung und Leistungen an Sachwerten wie an Geld als bald getätigkt werden und hoffe, daß bereits in der nächsten Woche Weisungen ergehen können, die den Alliierten zeigen, daß wir nicht mit Worten spielen, sondern daß wir zu Taten, was in unseren Kräften steht, bereit sind. Unser Ja hat, so glaube ich, zu einer großen Entspannung der internationalen Lage geführt. Ich hoffe, daß baldige Leistungen auch auf dem Gebiete der Entwicklung diese Spannung vollen werden. So Gott will, wird man bald sagen können in der Welt: Legt die Hände weg und lebet alle zum Frieden und zum Umbau zurück.“

„Aber, so wollte unser Chefredakteur weiter wissen, wie steht es mit der oberösterreichischen Frage?“

Die oberösterreichische Frage und ihre gerechte Lösung, meine der Reichskanzler, auf dieses heute besonders interessante Thema eingehend, ist nicht nur eine Frage für Deutschlands Wohlhaber, sondern sie ist eine entscheidende Frage für das Schicksal ganz Mitteleuropas. Man sollte meinen, auch die Polen hätten für die Lösung dieser Frage Verhandlung. Da ist allerdings die Hoffnung, sofern ich leben kann, gut, seit noch sehr gering. Das deutsche Volk kann sich, wenn auch schwierig bewegen, damit absindern, daß unter den Grundsätzen und Garantien des Friedensvertrages von Versailles unter rechter Würdigung des Prinzips der oberösterreichischen Freiheit von den Alliierten durch Schiedsspruch geregelt wird. Niemals aber wird sich das deutsche Volk der Dictatur polnischer Anhänger beugen können. So müßte in Oberschlesien ein Kongress einstehen, bevor Iodiner Brand ähnlich große Teile Europas ereignen würde. Wer einen Sinn hat für die Notwendigkeit, Europa zu beruhigen, muß die oberösterreichische Frage gerecht unter Würdigung aller Umstände lösen. Das oberösterreichische Volk hat geschritten. Das Vieh ist der intime Ausdruck demokratischen Lebens in Europa. Wer darüber hinwegsieht, führt einen Todestrieb in die europäische Welt ein. Wir verlangen unter allen Umständen, daß bezüglich der oberösterreichischen Frage mit Deutschland ein fairenes Spiel getrieben wird. Kurz ist die Erreichung der deutschen Freiheit eine ungeliebte. Die Anticollaborative Kommission ist Erbauerin der Sonderanität in Oberschlesien, und sie wurde, das ist das Ergebnis des Volkes, durch die Antigrenzen in großen Teilen einfach hinweggesetzt. Ehre und gerechtes Ansehen den tapferen Soldaten und Offizieren der alliierten Mächte, die für Wahrung des Rechtes ihres Lebens gekämpft haben! Ihre Sätze werden nicht umsonst von der deutschen Bevölkerung mit Blumen und Gräsern gekrönt. Sie sind gezielt für die Aufrechterhaltung einer Neutralität in Europa, wie sie die Alliierten selbst feierlich versprochen haben. Nur eine aufrichtige Anerkennung des Rechtes an den Freiheiten kann die entzweiten Völker wieder näher bringen. Ich bin überzeugt, daß die Welt die oberösterreichische Frage gerecht lösen wird, wenn sie es ernst meint mit der Wiederaufrichtung einer Schwirtschaft, die uns allein neuer Wohlfahrt entgegenführen kann.“

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten

Eine englische Note an Briand

London, 16. Mai. Havas meldet: Hier wird verkündet, daß die britische Regierung durch Vermittlung ihres Botschafters Lord Hardinge eine Note über die Grenzfälle in Oberschlesien übermittelte. Diese Note soll Maßnahmen entwickeln, die den englischen Botschafter am gleichen Tage im Verlaufe seiner Rede vorbrachte, sehr ähnlich seien. In dieser Note habe Lord George Briand schreiben, sobald als möglich mit ihm in Boulogne zusammenzutreffen, um die Zange zu prüfen.

London, 16. Mai. Am diplomatischen Bericht des Daily Telegraph heißt es: Wenn die Zusammenkunft zwischen Lord Hardinge und Briand den Charakter einer Befreiung für die Grenzfälle in Oberschlesien habe, so habe die polnische Regierung doch eine förmliche Haltung beobachtet und die Grenze aufgezogen. Die Note erinnert auch an die Verantwortlichkeit Deutschlands und britische Verantwortung darüber aus, daß die englische Regierung noch nicht die von der Botschaftskonferenz beschlossene Demarche in Berlin ausgeführt habe.

Die französische Regierung bestätigte formell, daß die Vertreter Frankreichs in Oberschlesien niemals eine Politik der vollendeten Tatkraft ermutigt, auch keinen Waffenstillstand mit den Autrichiern unter Festsetzung einer Demarkationslinie, abgeschlossen hätten. Endlich legte man französisches Recht, jemals die Abtretung gehabt zu haben, daß gesamte oberösterreichische Gebiete nötigenfalls mit Gewalt

Polen zu zusprechen. Die französische Regierung erläuterte schließlich, daß wenn Deutschland in Oberschlesien mit Waffengewalt eindringt, Frankreich auf seinem Fall dem passiv zulassen könnte. „Polit Pariser“ lädt hinzu, ein bewaffneter Einmarsch Deutschlands in Oberschlesien würde notwendigerweise als Verletzung des Friedensvertrages von Versailles, also als casus belli, angesehen werden.

Gegen Frankreichs Gewaltpolitik

Paris, 16. Mai. Die Verhandlungen des Nationalrates der C. G. T. enden zu Ende gegangen. In der Nachmittagsitzung wurde über die internationale Lage gebrochen und mit 85 gegen 29 Stimmen den 29 Entnahmen eine Entschließung angenommen, in der Einspruch erhoben wird gegen die gewaltsame Lösung des Friedensvertrages von Versailles, die die Regierung zur Anwendung von Sanktionen und militärischen Interventionen gegen das deutsche Volk geführt habe. Die Entschließung wendet sich gegen die Mobilmachung und erklärt, man rücke ab von einer Politik, die die Jugend des Landes in Verhängnis bringe mit den Grausamkeiten der Kaiserin und neuen Schmerzen zu den durch den Krieg verurteilten Deutschen. Die Entschließung verbietet jede Maßnahme, die dem deutschen Proletariat allein den Krieges und die Mobilmachungsvollmachten auferlegt. Die Befreiung des Nahen Ostens wäre ein internationales Verbrechen. Die Tatsache, daß man die Kosten des Krieges allein von den Arbeitern zahlen läßt, sei ein unerträglicher Mißbrauch des internationalen Proletariats. Die Entschließung macht sich das Wiederaufbauprogramm der Gewerkschaftsinternationale zu eigen und erklärt, daß dadurch die Krise endlich beendet und der Weltfrieden wieder hergestellt werden könne. In der Aussprache machen die Extremisten der Mehrheit des französischen Gewerkschaftsverbandes den Vorwurf, in der Sache nach der Kriegsverantwortlichkeit die Formel angenommen zu haben. Deutschland werde alles zahlen. Was die Gewerkschaften gegen den Krieg getan hätten, sei ungernigend.

Französische und englische Pressestimmen

Paris, 16. Mai. Dem vorst. erläutert, über die Rude Lloyd George über Oberösterreich sei nichts mehr zu sagen. Man hat sie hier aber nur noch zu erinnern und daran zu arbeiten, daß sie den Interessen Frankreichs und dem Frieden auf dem europäischen Kontinent so wenig wie möglich schadet. Dieser Friede ist Anfang Mai nach drei schwierigen Jahren ausgefeilt gereicht. Tant der Wöhrgung Frankreichs seien heute nur noch zwei Gejagte vorhanden. Das Reparationsproblem, das das ganze politische und wirtschaftliche Leben Europas vergiftet habe, sei tatsächlich gelöst. Frankreich habe sich der Entscheidung der Reparationskommission geweiht und eine Zahlungsmethode angenommen, die in weiterer Höhe auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands Rücksicht nimmt. Es sei nicht sein Fehler, daß man unter dem Vorwande, die Deutschen zum Zahlen zu bringen, das entgegengesetzte Ziel verfolge, das darin besteht, die Entwicklung seines eigenen Staates zu behindern. Frankreich, das die Notwendigkeit besteht, der Arbeitsfähigkeit der Deutschen einen Ausgangswert zu präzisieren, habe niemals verlangt, daß man ihre gesamte Handelsflotte unterdrücke, um daß man ihnen ihren gesamten überseeischen Reich nehmre und sie international hindere ihre Erzeugnisse ausverkauft zu verkaufen. Andererseits habe man, indem man die Vergabeung der Annexionen mit der Entwicklung des deutschen Exportes verbunden habe, natürlich eine es zu wollen, das Ergebnis erzielt, daß Frankreich an der Entwicklung des deutschen Handels interessiert sei. So sei das Reparationsproblem kein europäischer Konfliktstoff mehr. Es blieben nur zwei gefährliche Fragen: Die Vollendung der Entwicklung Deutschlands und die Rechung des Schadens Überösterreichs. Nach einer Aufzählung der verschiedenen Arten der Entwicklung sag. "Tempo", wenn die deutschen Truppen mehr oder weniger massiert in das Abstimmungsgebiet eindringen würden, dann habe Frankreich vergeblich so viel Trier (?) gebracht, um das Reparationsproblem zu lösen, und die deutsche Regierung werde sich vergeblich bemühen, die Entwaffnungsmassnahmen auszuführen. Die Gewalt rufe Gewalt herbei. Frankreich könne dann nicht ruhig zwischen, wie das Deutsche Reich gegen Polen in Oberschlesien unter Verleugnung des Vertrages vergehe. — "Le Nouvel" sagt, die politische Sphäre müsse nach ethnologischen Unterschieden und nach dem Wunsche der Bevölkerung festgelegt werden. Nach dieser Richtung seien die meisten polnischen Forderungen vollkommen berechtigt. — Das Gewerkschaftsbüro "Le Peuple" schreibt, nichts zeuge besser für die fortgesetzte Eincierung der Schwierigkeiten und Krisen, sowie für die peinliche Lage Europas, als die Lage, die die Unterhändler der Entente für Europa geschaffen hätten. Wenn man tatsächlich von einer endgültigen Regelung und einem dauerhaften Frieden unter diesen Bedingungen sprechen kann?

London, 16. Mai. Die gesamte Presse befähigt sich eingehend mit den durch die oberschlesische Frage geschaffenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Regierungen, insbesondere zwischen England und Frankreich. Die "Times" unterscheidet ihre Ausführungen: Die Entente in Gefahr. "Daily Telegraph" erläutert: In den Räten der aliierten Mächte herrsche eine erstaunliche Spannung. "Daily Express" sagt: Die englisch-französischen Beziehungen seien so schlecht, wie nie seit Kriegs- und Friedenzeit. Die Möglichkeit eines endgültigen Bruches. "Daily Chronicle" spricht von akuten Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und der französischen Regierung, zweifel jedoch nicht daran, daß diese überbrückt werden.

London, 17. Mai. Die oppositionelle konservative "Morning Post" ist empört über Lloyd George und stellt ihn geradezu als Landesverräter hin. Indem er Polen fallen lässe, lasse er auch Frankreich fallen. Mit seiner Rude habe er aufgedeutet, daß sich gewiss unterirdische Gründungen in den englischen Politik geltend machen. Wenn jetzt Lloyd George Deutschland die schlesische Waffenschmiede überlässe, so müsse festgestellt werden, daß die englischen Soldaten in Altböhmen vergleichbar gestorben seien. Der Arbeitsschreiber Henderson erläuterte öffentlich, die Rude Lloyd Georges gebe die Meinung der Mehrheit des englischen Volkes wieder, und er freue sich über den neuen Ernst, mit dem Lloyd George gesprochen habe.

Die italienische Presse

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 17. Mai. Die gesamte italienische Presse sieht entschieden auf Seiten Lloyd Georges und kritisiert mit herben Worten die Haltung Frankreichs. Nur flichtet der "Popolo Romano", daß Lloyd George auch diesmal versagen könnte, wie er es Frankreich gegenüber regelmäßig tat.

Entrüstung in Warschau

Warschau, 16. Mai. Die Warschauer Presse äußert sich in mächtiger Schärferung über die Rude Lloyd Georges. Die "Gazeta Porcina" sei in allen polnischen Fragen in Ostgalizien, Majoren, Wilna und Danzig Polens Feind. Eine Neuauflageung über die Teilnahme deutscher Truppen bei der Niederwerfung des Aufstandes in Oberschlesien führt einer Aufforderung an Deutschland zum Einmarsch gleich. Polen wolle den Krieg mit Deutschland nicht. Aber in diesem Falle müsse die Regierung aus ihrer Neutralität heraustreten.

Verkümmern der Lage in Oberschlesien

Oppeln, 16. Mai. Die Pfingstfeierlage haben eine Veränderung und Verschärfung der Lage infolge Truppenverschiebungen gebracht, die im oberschlesischen Aufstandsgebiet in den gefährdeten Kreisen vorgenommen wurden. Nach dem Abtransport der italienischen Truppen in Nicolo wurde der Ort von den polnischen Aufständen besetzt, die die 15 Mann starke Gruppe der deutschen Apo entwaffnet und gelungen nahm. Zahlreiche deutsche Flüchtlinge, die sich in Nicolo aufhielten, sind verschleppt worden. Nach neuen Nachrichten aus Nicolo wurde Nicolo später wieder von den Insurgenten geräumt. Die Italiener räumten weiterhin die Kreise Bisch und Nowitz und zogen sich auf Richtung Katowice zurück. In den Städten Nowitz und Bisch befindet sich nur noch schwache französische Besatzung, so daß die Gefahr einer Besiegung dieser Städte durch die Aufständischen besteht. Bis zur Stunde liegt über einer erfolgte Besiegung dieser Städte noch keine Nachricht vor. Aus dem Kreise Nowitz werden zahlreiche Deportationen der dortigen deutschen Grubenbeamten gemeldet. Gogolin im Kreis Gostkowitz wurde gestern aus Richtung Annaberg von den Insurgenten mit Artillerie stark beschossen. Auf deutscher Seite sind mehrere Tote zu beklagen. Indessen ist es den Aufständen nicht gelungen, den Ort zu besetzen. Heute morgen trafen Verstärkungen der deutschen Apo in Gogolin aus Oppeln ein, da neue polnische Angriffe erwartet werden, die bis zur Stunde noch nicht eingetroffen haben. Von Seiten der interalliierten Kommission ist mehrfach von einer Besserung der Lage in Oberschlesien berichtet worden, die jedoch den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim deutschen Reichsminister ist auf sein Eruchen, sich durch Augenchein von den tatsächlichen Verhältnissen in den von den Insurgenten besetzten Gebieten überzeugen zu können, von dem Stellvertreter des Generals Verdon erläutert worden, daß er zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, die Garantie für seine Sicherheit zu übernehmen. Weiter ist ein von Beuthen nach Oppeln fahrendes Dampftau mit 4 Frauen und 20 Männern, obgleich unter französischer Fahne fahrend und von französischem Militär eskortiert, in Beeskowfach von den polnischen Insurgenten angehalten worden. Sämtliche Männer wurden heruntergeholt und verschleppt. Neben ihnen verblieb nichts bekannt. Der Kraftwagen ist allein mit den Führern der Polizei und den vier Frauen in Oppeln angelangt. Außerdem ist ein Eisenbahngüterzug mit 450 Flüchtlingen aus

dem Kreise Rybnik, die nach Katowice durchzulassen die Polen sich ehrenwürdig dem italienischen Oberst Salvioni verpflichtet hatten und der von je einem englischen, einem französischen und einem italienischen Offizier, sowie etwa 80 französischen Mannschaften begleitet war, entgegen den feierlichen Versicherungen der Polen angehalten worden. Die Frauen und Kinder, sowie einige Flüchtlinge durften die Weiterfahrt fortsetzen, während 180 deutsche Apobeamte und 300 junge Deutsche aus dem Kreise Rybnik trotz Protestes der interalliierten Offiziere nach Koszalin gebracht wurden. 100 Flüchtlinge sind in Duschnitz bei Katowice von den Polen zurückgehalten worden. Im übrigen wird auf Oberschlesiens Lebensmittelnot und Geldknappheit gemeldet. In der Bevölkerung macht sich neuerdings eine starke Erregung bemerkbar, da Ereignisse befürchtet werden, die eine Folge der durch den Polenaufstand hervergerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten darstellen.

Entrüstung der britischen und italienischen Kommissionsmitglieder

Paris, 16. Mai. Der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune meldet seinem Blatte aus Oppeln: Der Kommandeur der englischen Truppen im Bezirk von Beuthen habe seine Entlassung angeboten, weil er seine Stellung als unhalbar ansieht und sich selbst als überflüssig betrachte. Britische und italienische Offiziere hätten ihre Scham und Entrüstung über den militärischen Erfolg der polnischen Aufständischen offen Ausdruck gegeben. Ein britischer Offizier habe gesagt, die Deutschen hätten gewiß recht, wenn sie erklärt, die Verbündeten hätten Verrat, wenn sie Entmachten auf Gnade oder Ungnade den Polen ausliefern. Ein italienischer Offizier habe gesagt, daß der französische General Du Brantes möglich mit Korfanti verbündet, während italienische Offiziere und Mannschaften durch Soldaten von Korfanti getötet seien.

Noischrei aus Oberschlesien

Breslau, 16. Mai. Der deutsche Plebisitikommissar Dr. Urbanek hat in Erwiderung auf das Schreiben Korfantis durch Vermittlung eines amerikanischen Berichterstatters an die Staatsmänner der Entente eine Erklärung gerichtet, in der er betont, daß der Plan des gegenwärtigen Aufstandes von den Polen bis in kleinste vorbereitet war. Die feierlichen Versicherungen Korfantis, daß er alles getan habe, um eine Störung der Ordnung zu verhindern, sei unwahr. Die interalliierte Kommission habe bei ihrem Einsatzfeierlichst ein Heiliger der Freiheit und Gerechtigkeit verkündet, sowie die rätschlosste Verfolgung aller Unruhestifter. Jetzt triumphiere nach dem Augustaufstand und zahlreichen politischen Morden erneut der blutige Schrecken. Deutsche würden vor Insurgentenverbänden zum Wasserdienst gerufen, ihrer Habe beraubt und in Ketten gelegt. Die Erklärung erwähnt sodann die Ermordung von 17 deutschen Polizeigefährten, amten, die in einem Gasthaus von Antonienhütte sämlich entgeschlagen worden waren. Der Wahnsinn in Oberschlesien drückte sich in den Worten Korfantis aus, ehe alle Gruben und Hütten sowie alle anderen Arbeitshäfen vernichten zu wollen, als zu kapitulieren. Dies drohte die lebte Schranken leidlicher Lebensregelung niedergrenzen. Die Kommission habe zwar starke und entschiedene Worte gebraucht, aber es sei nicht der reißende Anfang einer Tat zu bemerken. Die Deutschen in Oberschlesien seien abgeschlossen von der Welt und wüssten nicht, was die nächste Stunde bringe. Datum ergehe von dem deutschen Kommissar, der in Beuthen eingeschlossen, seine Möglichkeit habe, die ihm untertrauten Schuhstellen für das ganze oberschlesische Deutschland zu verwalten, dieser Noischrei.

Ein Funkspruch an die Kulturrationen

Kattowitz, 16. Mai. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften richten an die Kulturrationen der Welt einen Funkspruch, in dem es u. a. heißt: Die interalliierte Kommission hat stets Mittel gefunden, die frei Willensförderung der deutschsprachigen Bevölkerung Oberschlesiens zu fördern. Den bewaffneten Rebellen gegenüber findet sie nur papiere Bekanntmachungen. Während Polen und Engländer in feuerkräftiger Unterstützung ihr Leben eingesetzt haben, steht die starke französische Truppe tapferlos dem Aufstand gegenüber. Französische Soldaten haben den Insurgenten Gewehre überlassen, französische Soldaten verbündeten sich offen mit den Rebellen. Unter den Augen des französischen Militärs werden Deutsche verschleppt, geplündert, misshandelt, beraubt und ausgeweidert. Der französische Ministerpräsident fälscht die Wahrheit, indem er die von der "Oberschlesischen Zeitung", dem offiziellen Organ des Rebellenführers Korfanti, veröffentlichten aufzeigenen Nachrichten als aus deutscher Quelle kommend bezeichnet. Französischer und polnischer Chauvinismus und Imperialismus haben sich in Oberschlesien vereinigt, um das Recht zu besiegen. In dieser höchsten Stunde der Freiheit und Verantwortung werden wir uns mit dem ganzen strömenden Erst eines vergewaltigten Volkes an die Kulturrationen des Erdbebens mit dem Rufe: Lebet ein für unseren holden Schuh, heißt uns an unserem Rechte.

Deutsche Note über Oberschlesien

Berlin, 15. Mai. Im Beantwortung der Note Briands über den Aufstand in Oberschlesien ist der französischen Regierung gestern folgende Note übergeben worden:

Der Herr Ministerpräsident glaubt in seiner Note vom 7. Mai den Ursprung des Aufstandes einer falschen deutschen Information auszuschließen zu sollen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich um die oberschlesische Grenzziehung, das Organ des bisherigen polnischen Plebisitikommissars Korfanti, handelt. Diese absichtlich gefälschte Veröffentlichung sollte offenbar als Alarmignal für die seit langem vorbereitete polnische Aufstandsbelebung dienen. Die Note geht mit hin, daß eine falsche Vorstellung aus, was übrigens auch Herr General Verdon dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gegenüber anstößig anerkannt hat. In der Note wird ferner gesagt, daß die aus deutschen Quellen stammenden Wiedergaben über die Lage in Oberschlesien tendenziell gesäfzt seien. Demgegenüber muß die deutsche Regierung mit Nachdruck feststellen, daß die tatsächlichenstände in Oberschlesien einen viel ernsteren Charakter tragen, als sie in der Note vom 7. Mai dargestellt sind. Trotz Wiederaufnahme der Arbeit an manchen Stellen ist irgendwie Besserung der Lage nicht festzustellen. Der Insurgentenführer Korfanti ist nach wie vor absoluter Herr der Lage. Und es gelingt ihm täglich, seinen Machterhalt weiter auszudehnen; so ist am 10. Mai sogar der wichtige Eisenbahnhauptbahnhof Kandzin durch einen mit modernen Kampfmitteln und unter Verwendung von Artillerie durchgeführten Angriff in seine Hände gefallen. Die interalliierte Kommission verfügt im dem größten Teile von Oberschlesien über keinerlei Macht. Die in der Note erhobenen schweren Anschuldigungen sind demnach, wie dies auch bereits von General Verdon anstößig anerkannt worden ist, durchaus unbegründet.

Der Aufstand in England

London, 16. Mai. Eine Versammlung der Vollzugsabschüsse der Eisenbahnen und Transportarbeiter nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Nachdem beschlossen sei, die Sperre auf eingeführte Kohle zu verschärfen, lenkt die Aufmerksamkeit der holländischen und französischen Transportarbeiter besonders auf die Einführung des internationalen Transportarbeiterbundes auf dem Kontinent hin, der eine Kohlenblockade für England vorstellt, und fordert, daß der General Entschließung die weitestgehende Wirksamkeit verliehen werde.

Terror der Sinnfeiner in London

London, 16. Mai. Am Samstag um Mitternacht haben Sinnfeiner einen Feldzug zur Terrorisierung von London begonnen. Sie haben in verschiedenen Stadtteilen eine Anzahl Häuser von

angehörigen irischer in London befindlicher Polizisten heimgesucht. Seit mehreren Tagen geht das Gerücht, daß eine von Dublin ausgehende Verschwörung einen Feldzug des Verbrechens in London plane.

Aufstand amerikanischer Kohlenarbeiter

Washington, 16. Mai. Präsident Harding hat eine Proklamation unterzeichnet, durch die für die Kohlengebiete von Westvirginia und Kentucky das Standrecht verhängt wird. Es kam dort anlässlich eines Aufstandes zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen erschossen wurden.

Der italienische Wahlkampf

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 17. Mai. Den ersten Nachrichten über die Ergebnisse des Wahlkampfes nach scheint das Bild der Kammer kaum erheblich verändert. Definitive Wahlausfälle liegen allerdings noch nicht vor. Die "Tribuna" berechnet, daß wahrscheinlich der nationale Block der verfassungstreuen Ordungsparteien 285, die Sozialisten 110 die Kommunisten 15, die Katholiken 107, die Republikaner 15, die Nationalen 48, die Slaven und die Deutschen 11 Sitze erhalten werden. Danach ergibt sich eine erdrückende Mehrheit der Verfassungsparteien.

Ablehnung der italienischen Friedlichen Konvention

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 17. Mai. Einem Telegramm zufolge lehnte die Nationalversammlung in Angora die italienische Friedliche Konvention ab.

Zur Anschlussfrage

Paris, 16. Mai. Zu dem vom österreichischen Parlament angenommenen Gesetzentwurf über eine Abstimmung bezüglich des Anschlusses an Deutschland schreibt Paul Briand, er glaube zu wissen, daß Frankreich, Italien und die Staaten der kleinen Entente gemeinsam die österreichische Regierung an Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain erinnern würden, nach dem sich Österreich von jedem Schritt zurückziehen müsse, der seine Unabhängigkeit gefährde, und daß eine solche Abstimmung ohne Genehmigung des Völkerbundes unzulässig sei.

Brüderlichkeit

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Innsbruck, 17. Mai. Am Pfingstsonntag fürgte in Seepi am Achensee in Nordtirol die dortige Landesregierung infolge Liebeslosung am 70. Kussfest, Männer, Frauen und Kinder, stürzen in Wasser. Bis zum Abend waren 7 Frauen und 1 Knabe als Leiche geborgen. Das Hotel Seepi ist mit Schwimmbädern verfüllt. Die Heilung der Verunglückten ist noch nicht festgestellt.

20 prozentiger Lohnabzug im Saargebiet

Saarbrücken, 16. Mai. Trotz des Widerstandes der Arbeitersorganisationen, besonders des christlichen Metallarbeiterverbandes, erklärt die Schwerindustrie, vom 1. Juni d. J. ab einen Lohnabzug von 20 Prozent einzutreten lassen zu wollen. In einem Anschlag in den Werken Korfantis, daß jeder Arbeiter der mit dem Lohnabzug nicht einverstanden sei, seine Arbeitsstelle kündigen könnte. Die Erregung unter den Arbeitern über diesen Vorgang ist sehr groß. Der Gewerkschaftsleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes hat in einem Schreiben an die Regierungskommission des Saargebiets in schärfster Weise gegen diese Maßnahme Einspruch erhoben und auf die unvermeidlichen Folgen für das Saargebiet hingewiesen. Da unter der Arbeiterschaft wegen der Lohnverhältnisse sowie wegen des entzogenen Erholungsurlaubs eine starke Erregung herrscht, ist der Ausdruck eines allgemeinen Aufstandes zu befürchten.

Die außerordentlichen Gerichte

Berlin, 16. Mai. Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 12. Mai auf Vorwurf des Reichsausschusses die Reichsregierung erachtet hat, zur Verbesserung der Rechtsstellung der Beschuldigten einige Neuerungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März über die Bildung außerordentlicher Gerichte zu veranlassen, hat der Reichspräsident eine Verordnung zur Abänderung seiner früheren Verordnung betreffend die außerordentlichen Gerichte erlassen. Nach den neuen Bestimmungen soll die Anklage vor den außerordentlichen Gerichten nur dann erhoben werden, wenn die Tat mit der außerordentlichen Bewegung aus dem März dieses Jahres in Verbindung steht. Strafanzeigen von Berliner unter 18 Jahren sollen vor den außerordentlichen Gerichten nicht verfolgt werden. Die Verfolgung ist in allen Fällen notwendig, die ohne diese Verordnung vor dem Reichspräsidenten in einer Instanz oder vor dem Schwurgericht zu verhandeln wären. Die Stelle des bisherigen nur 24 Stunden Gültigkeit zwischen Verhandlung zum Termin und dem Termin selbst nicht unmittelbar eine Frist von drei Tagen, auch nicht in Zukunft jeden Angestellten einer Dienststelle der polnischen Regierung vor dem Termin zugestellt werden. Die rechtliche Abschaffung von dem bisherigen Verfahren besteht darin, daß die Beweiskette nun nicht mehr in das Eröffnungsdes Gesetzes gestellt ist, sondern die Vorschriften der Strafprozeßordnung für das Verfahren vor der Strafkammer Anwendung finden.

Tagung der Vertreter der deutschen Wohnungsgenossenschaften

Am 12. Mai hatten sich in München die Vertreter deutscher Wohnungsgenossenschaften zusammengefunden. Überregierungsrat Dr. Hirschler vom bayrischen Ministerium für soziale Fürsorge bekräftigte die Aussichten für die Wohnungsbefreiung. Er bezeichnete die Lage für das Jahr 1921 als vorzüglich. Nach einem ganz kurzen Überblick über die für die Wohnungsbefreiung in Berechtigten kommenden Faktoren befürwortete er die Mittelbedeutung für die Wohnungsbefreiung des Jahres 1921. Über Wege zur Mieteinstellung der Wohnungsnöte sprach der Direktor des Münchner Wohnungsamtes Dr. Ing. Albert Guit. Seinen Ausführungen lag eine Umfrage bei 38 deutschen Städten zugrunde. Es gäbe nur einen Weg zur Beseitigung oder auch nur unzureichbare Milderung der Wohnungsnöte: "Bauen". Der Verteilungsfaktor standt gutestens noch unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege, die Wohnungsgenossen müssen neben den Wegen, die einer Förderung und Erleichterung der Neubautätigkeit führen, auch alle diejenigen Möglichkeiten aufsuchen, die gute Milderung des Wohnungsmarktes betreffen. Bei der weiteren Erörterung kam der Redner auf die beiden extremen Ansichten zu sprechen, von denen die eine die sofortige völlige Beseitigung der Zwangswohlforschaffung auf dem Gebiete des Wohnungswesens, die zweite eine noch verschärfte Zwangswirtschaft forderte.

Der Reichsbildner ag in Berlin

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 17. Mai. Am 14. und 16. Mai fand in Berlin die dritte Reichsbildnertagung statt. Bürgermeister Ritter vergrüßte die Erschienenen im Namen der Stadt Berlin. Hirschler ergriff Dr. Breymanns Leipzig das Wort zu seinem Abschluß. "Wie stehen wir zweckmäßig?" In einer Entschließung forderte der Redner die Beschaffung eines Weltententebriefs und die Anerkennung der höheren Beliebtheit der ersten Siedlung durch die Taxatoren. Der Vertreter des Reichsbildnerbundes, Dr. Gericke, hat die Einführung möglichst schnell dem Reichsb

Frau v. Hindenburg †

Die Gemahlin des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist in der Nacht zum 14. Mai nach schwerer Krankheit im 61. Lebensjahr gestorben. Die Beisetzung findet morgen, nachmittags 8 Uhr, auf dem Stadtfriedhof in Hannover statt.

Erregelöbnis des Provinzialausschusses der Westfälischen Zentrumspartei

Im Holzhaus in Hamm tagte am 13. Mai eine zahlreiche Sitzung des Provinzialausschusses, bei der die politischen Ereignisse der letzten Wochen und Tage, die Politik der Zentrumspartei bei der Kabinettbildung in Preußen und die Stellungnahme der Partei zum Ultimatum der Entente besprochen wurden, wobei sich eine erfreuliche Einmütigkeit und aufrichtige Begeisterung für das Zentrum zeigte, das in den schweren Schicksalsstunden wieder praktisch beweisen hat, daß ihr das Vaterland höher steht als die Partei. Das Ergebnis der ersten Beratungen bildete folgende Erregelung: „Die am 13. Mai 1921 in Hamm tagende Versammlung des Provinzialausschusses der Westfälischen Zentrumspartei spricht nach einem umfassenden Bericht ihres Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Herold, und nach eingehender Aussprache den Zentrumspolitiken des Reichstages und Preußischen Landtages ihre volle Unterstützung aus. Sie tritt dem Verhalten beider Käffchen in den letzten Stunden der letzten Zeit in vollem Umfang bei, insbesondere auch der Zustimmung der Reichsregierung zu dem Ultimatum der Entente. Das Zentrum hat in diesen schwierigsten Tagen wieder bewiesen, daß ihm das Wohl des Vaterlandes und die Erhaltung der Freiheit höher stehen als partizipalistische Machtstreit. Der Provinzialausschuß dankt den treuen Überträgern seine warme Sympathie aus und hofft sie, trotz der schweren Leidens in deutscher Seele tren auszuharren, bis der Sieg der Gerechtigkeit erreungen ist. Der Provinzialausschuß ruft endlich alle Parteifreunde und Parteifreundinnen Westfalens auf, ihrer Vergangenheit gerütteln, sich entschieden und geschlossen hinter die Zentrumspartei zu stellen und sie zur Erfüllung einer starken, deutschen und christlichen Zonen- und Außenpolitik zu befähigen.“

Graf Oppersdorff als Alldeutscher und Ententevernichter

Von sehr gelobter Seite wird der „Schlesischen Volkszeitung“ folgender wichtiger Schriftstück aus dem Reichstag über eine Reichstagsdebatte zur Verfügung gestellt:

Abg. Müller-Krönert in der 92. Sitzung des Reichstages Mittwoch den 27. April 1921 (Stenographischer Bericht Seite 8126):

Der Abgeordnete Döhmann hat gestern darauf hingewiesen, daß der Friede von Versailles dem Frieden von Versailles vorausging. Es ist kein Zweifel darüber, daß der Friede von Versailles viel schlimmer war als der Friede von West. (Läufe rechts! Na also!) Aber der Friede von West hat Ihnen ja nicht genügt. Ich habe hier die Drucksache 142 vom 21. März 1918, die einen Antrag des Grafen Westphal und Genossen enthält (Hört, hört! links!), den Herrn Reichsaußenrat zu ersuchen, dahin zu wenden, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundatz des Berichts auf Kriegsschädigungen aufgestellt und es nicht verhindert wird, daß die Abholung von Entschädigungen ausblendet wird.“ (Lebhafte Rufe links! Hört, hört!)

Das war das, was Sie wollten. Sie wollten den ganzen Frieden der Vollständigkeit. Sie wollten die ganzen Pensionen für die Hinterbliebenen, für die Kriegsinvaliden den Gegner aufzubürden und das war Ihnen ja nicht genügt. Ich habe hier die Drucksache 142 vom 21. März 1918, die einen Antrag des Grafen Westphal und Genossen enthält (Hört, hört! links!), den Herrn Reichsaußenrat zu ersuchen, dahin zu wenden, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundatz des Berichts auf Kriegsschädigungen aufgestellt und es nicht verhindert wird, daß die Abholung von Entschädigungen ausblendet wird.“ (Lebhafte Rufe links! Hört, hört!)

Ich werde es Ihnen vorlesen: „... um reichliche Mittel dafür zu schaffen, daß die Fürsorge für die heimkehrenden Krieger auf eine neue Grundlage gestellt, das Menterwesen für die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen ausreichend gesetzten entlassenen Kriegern für den Übergang in die Arbeitswirtschaft und zum Erfolg der ihnen erwachsenen wirtschaftlichen Schichten Beihilfe gewährt werden können. (Läufe von den Sozialdemokraten: Naum, Herr Helfferich! Sie wissen nicht mehr, was Sie damals beantragt haben.) Abg. Dr. Helfferich. Ich sage Ihnen nicht mehr.“

Rein, Herr Helfferich. Sie sind unschuldig, wie immer. Aber unter dieser Resolution stehen die Namen Graf Westphal, Arnstadt, Dietrich, von Graeven, Wallerich, Schiele, Weißbach. Andere Unterzeichner sind heute nicht mehr unter und; Graf Kapp fehlt und es fehlt auch der Graf Oppersdorff der jetzt mit seiner Tochter der Paradesse die Annexionen betrieb und der heute mit Panje Karantin in den Entente-Ländern herumreist, um auf der anderen Seite gegen Deutschland Annexion zu treiben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)“

Die „Schlesische Volkszeitung“ fügt hinzu: „Ob jetzt noch unsere Deutschnationalen den Mut haben, den Grafen Oppersdorff dem Zentrum in die Schuhe zu schieben, oder ob die Entente den Geschmack auftrifft, den weiteren westlichen Herrn als Autorität in overschlesischen Fragen anzusehen?“

Meldungen aus Sachsen

— Steuerabzug. Da für den Arbeitgeber die Abschaffung, ob die Ehefrau oder die minderjährigen Kinder des Arbeitnehmers ein eigenes Arbeitseinkommen beziehen oder nicht, mit Schwierigkeiten verbunden ist, braucht der Arbeitgeber diese Feststellung nicht zu tischen. Es sind also vom Arbeitgeber der Ehefrau und der minderjährigen zur Haushaltung eines steuerpflichtigen Haushaltungsverbandes zählenden Kinder, bis in § 45 a Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes vom 24. März 1921 bezeichneten Betrag vom Abzug frei zu lassen, und außerdem kann der Ehemann für die erwachsene Ehefrau Beträge von 4 Mark bzw. 24 Mark oder 100 Mark und für die minderjährigen eigenen Arbeitseinkommen beziehenden Kinder die Beträge des § 45 a Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes abzugsfrei beanspruchen.

— General v. Seydelwitz †. Nach langer Krankheit starb am Donnerstag in Charlottenburg der Königl. Sächs. General der Infanterie a. D. Karl Kurt v. Seydelwitz. Die Beisetzung wird morgen, Mittwoch, auf dem Garnisonfriedhof in Dresden stattfinden.

Aus Dresden

— Ein Generalappell ehemaliger Deutscher Kaiser und Könige wurde an den beiden Pfingststirken in Dresden abgehalten. Die Weihe einer Ehrentafel auf dem Garnisonfriedhof für die gefallenen Krieger des ehemaligen Schlesischen Regiments Nr. 108 und des ehemaligen Jägerbataillons Nr. 13 war damit vereinigt. Am Pfingstmontag und -diens im Paradiesgarten führte eine Besichtigung von abgedankten der beteiligten Militärvereine statt. In Chemnitz folgte in der Corneliastraße Albertstadt ein Festottesdiest, der von Grafen Dörries und für die Katholiken von Militäroberpfarrer Dr. Kaiser abgehalten wurde. Unter Vorantritt der Kapelle des 1. Jägerbataillons des Reichswehrrealments Nr. 10 folgte ein Zug nach dem Garnisonfriedhof, wo die Weihe des Ehrenmales unter erster Trauermesse und weinvollem Geläut stattfand. An der Weihe waren unter anderen auch anwesend Generaloberst Freiherr von Haußen und Generalleutnant von Stolzmann. Als ehemaliger Kommandeur des Schlesischen Regiments soll auch der Jägerbataillon diese Ehrentafel ausgleich eine hervolle Abschließend feierte für alle die denen es nicht gedenkt ist, am Grab der Ahnen zu sein. Unter den zahlreichen Gratulanten fand sich auch einer des ehemaligen Königs Friedrich August, der von Generalmajor O. Byrn niedergelegt wurde, und des Prinzen Johann Georg.

Der Nachmittag vereinigte aller Teilnehmer in der Ausstellungshalle zu einem Sommers. Hier lag man u. a. die Herren Generalleutnant a. D. von der Decken und Generalleutnant a. D. v. Kriegen, der noch am Kriege von 1870 teilgenommen hat.

Am 2. Feiertag vereinigten sich alle Teilnehmer zu einer Konzertempfahrt zur Postel.

— Großfeier im Areal. Am 2. Feiertag war auf bis jetzt noch unangetastete Weise in einem hütte im Wirtschaftsgebäude des Areals geleerten Archivgebäude ein großer Brand ausgebrochen, durch den die in demselben aufbewahrten Heeresakten samt Regalen verbrannt wurden. Die Feuerwehr, die in kurtem Zugbot 2 Uhr nachts ausrückte, konnte erst nachmittags 4 Uhr wieder einschlafen. Man vermutet Brandstiftung.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

— Dresden. Heute Dienstag treffen sich die Alsdorfer und Neustädter Mitglieder 1. S. und 8. Uhr am Waldschlößchen zu einer Abendwanderung nach dem Waldschlößchen; Donnerstag die Johannistädter um dieselbe Zeit in Radebeul zur Wanderung nach dem Galenbergsberg. 31. Mai Feierabendwanderung in Alstadt.

— Borna b. L. Sonntag den 8. Mai sieht im hiesigen Volkverein Hochschuljohngesellen-Veter einen einladenden Vortrag über „Katholiken und Wiederaufbau“, indem er überzeugend die im Katholizismus ruhenden hohen Werte gezeigt, die geeignet und benötigt im Volkverein, hochwichtige Zulieferer für den Wiederaufbau sind. Mit 38 Mitgliedern wurde eine neue Ortsgruppe des B. V. gegründet, indem der hiesige Verein sich dem großen B. V. angliederte.

Parteienachrichten**Das „Zentrum“**

Das Reichsgeneralseckretariat gab bislang drei Zeitschriften heraus: Die Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei, die Windhorstblätter und die Zentrumspolitikerblätter. Diese drei Organe sind jetzt zu einem Zentralorgan zusammengelegt worden, das um eine Gemeinschaftsdruck vermeint wird. Damit ist endlich die Vereinigung zwischen der Zentrumspartei und ihren Unterverbänden, sowie dieser untereinander geschlossen. Es wurde längst als ein dringendes Bedürfnis erkannt, daß die Tagespresse nach dieser Richtung hin eine Ergänzung finden möchte. Das „Zentrum“ wird es sich besonders angelegen sein lassen, die Tätigkeit der Partei und ihrer Akzessionen im Reich, in den Ländern, den Provinzen und den Kommunen zu berücksichtigen. Auch der Presse sowie der gesamten Parteipropaganda wird größte Beachtung geschenkt werden. Ohne Zweifel wird durch dieses Organ das gesamte Partei Leben starke Antriebe erhalten. Das Zentrum erscheint vierzehntäglich. Es kostet im Vierteljahr 5 Mark. Man bestellt es entweder durch das Reichsgeneralseckretariat der Deutschen

Zentrumspartei Berlin W. 8, Französische Straße 62, oder durch die Post unter Rading 9 der Postzeitungsliste.

Die erste Nummer enthält folgende Aufsätze: Dr. Nauen, „Der Krieg“, Dr. Höfle, „W. 5. R. 2. W. 3. R. 2. Den Fronten“, Dr. Höfle, „W. 5. R. 2. W. 3. R. 2. Frontenpolitik“, Dr. Buhla, „Begeisterung“ (An die Jugend), Professor Dr. Dunkmann und Dr. von Martin, „Gemeinschaft und Gesellschaft“, sowie eine Rücksicht auf Hofbauer, „Zur großdeutschen Frage“, sowie einen Aufsatz über die Notlage der geltenden Arbeit (Professor Dr. Dr. Schreiber, W. 5. R. 2. W. 3. R. 2. Außerdem enthält diese Nummer zahlreiche wertvolle Mitteilungen aus der Partei sowie ihrer Bewegung in den Kreisen der Akademiker, der Frauen und der Jugend (der Windhorstblätter).

Am Dienstag Abend tagt in Waldau, der mit einer Akademierede verbunden ist, und dem anschließenden Informationskurs wird gerade diese Nummer als eine Tat zur rechten Zeit erachtet. Diese Tagung wie die Zeitschrift sind ein neuer Beweis für die Tatkraft, doch gerade angesichts der schwierigen Notlage unseres Volkes die Wichtigkeit der Partei und das Interesse an ihr zunimmt.

— Zum Reichszentrum. Im Anschluß an die deutsche Reichsjugend- und Akademierede werden dort eine mehrjährige Begegnung der Vorstufen der beiden Zentralstellen der Zentrumspartei der einzelnen Länder und der preußischen Provinzen mit den führenden Vertretern der Zentrumspartei des Reichstages stattfinden. Ein Mitwirkender dieser Konferenz, die natürlich vertraulich bleibt, berichtet darüber, daß die Besprechung der auswärtigen Lage und der Wirtschaftspolitik. Als Vertreter des südlichen Zentrumspartei wird an der bedeutenden Bildungsstätte Abgeordneter Schelein teilnehmen.

Richtliches

— Der Verband katholischer Kirchenmusikher der Erzbistüme Freiburg hält in Baden und Hohenlohe in diesem Jahre in den größeren Städten acht Kirchenmusikfeste ab. Das erste findet in Waldshut statt. — Am Freiburger Stadtteil Stühlinger (Herz-Jesu-Pfarrei) wurde eine neue Kapelle (St. Joseph) eröffnet. Die Mutterkirche ist in der ehemaligen Artilleriestaffel untergebracht.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Körting; für den Inseraten-Teil: Josef Hoffmann. — Druck und Verlag der „Saronia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. in Dresden.

Dresdner Kurse vom 17. Mai 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktien	
8 Reichsanleihe	72,75G	3 Jürgens	178,00G
8½ do	64,75G	18 Erste Kulmbacher	345,00G
4 do	68,75G	6 Petz-Bräu	237,00G
5 do	77,75G		
Sparprämienanleihe 94,025G		Bank-Aktien	
8 Sachs. Rente	56,00G	9 Aden-Aktien	197,75G
		9 Chem.-Bank-Verein	203,00G
Stadt-Anleihen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		12 Deutsche Bank	294,00G
8 Dresdner von 1871	17,025G	9 Dresdner Bank	209,00G
4 do	1900/08 82,50G	18 Lübecker Bank	197,00G
4 do	1918/19 75,375G	20 Commerz- u. Priv.	203,00G
4 Chemnitzer v. 1908	75,00G	21 Sachsenbank	—
Lausitzer Pfandbr.		Verschiedene Industrie-Aktien	
8 do	9,00G	10 Zimmermann	220,00G
3 Lausitzer Kreditbr.	85,00G	24 H. & A. Escher	527,00G
4 do	100,00G	40 Farnit	710,00G
		2) Germania	374,00G
Papier- und Photo-Aktien		16 Großher. Webstuhl	884,00G
15 Chromo Altona	—	20 Lanzhammer	419,75G
12 Krause u. Baumann	198,00G	24 Sächs. Gußstahl	670,00G
18 Bernemann	219,50B	18 Hartmann	883,00B
16 Ica, A.-G.	218,00B	15 Sondermann & Stier	—
20 Hasseröder Papierf.	298,75G		
15 Weißenborner P.-F.	189,90G		
15 Weißenborner P.-F.	390,00B		

Vereins- und Partei-Anzeiger**Kreuzbündnis Dresden.**

Allstadt-Neustadt: Dienstag den 17. Mai Wunder-Abend

Johannstadt: Donnerstag den 19. Mai Wunder-Abend.

Katholischer Bürgerverein Dresden.

Mittwoch den 18. Mai abends 19.30 Uhr im katholischen Gesellenhaus, Käffnerstraße 4.

Vortrags-Abend.

Redner: Herr Oberlehrer Scheider: „Über die Berufswahl.“

Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Otto Bergmann, Bankgeschäft

Dresden

im Herzfeldhaus (Eingang Schlossberg, 2, II)

Telegr.-Adresse: Bergbank. — Kassestunden 9—1 Uhr

Fernr. 10688 — Postscheck-Konto: Dresden 1829

Erlösung aller bankgeschäftlichen Transaktionen im In- und Auslande

Ausführung von Börsen-Aufträgen an jeder Börse

Fachmännische Beratung in Wertpapieren u. allen Kapitalsangelegenheiten

Bankhaus
Grieshammer & Söder
Dresden-A, Viktoriastrasse 28
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Fernsprecher 12451

**Retten Sie sich
ehe es zu spät ist**

Familien Deutschlands erprobte u. gelobt. Kostenl. Druckschriften. Probebehandlung.

G. Wohlmut & Co., A.-G., Dresden, Bürgerwiese 22 (Haus Dianabad).
General

Ihre am heutigen Tage vollzogene Vermählung zeigen hierdurch an

Josef Müller

Maria Müller geb. Kaiser

Rusdorf, den 17. Mai 1921

1000

Ich habe mich in **Kirschau Nr. 56 E** („Gasthof zum Kronprinzen“) als



niedergelassen.

Sprechstunde werktags 7—9 Uhr vormittags.
Anruf bis auf weiteres Nr. 98 („Kronprinz“).

Kirschau, den 17. Mai 1921.

Dr. med. Richard Kretschmer.

1032

Deutscher Volksbund „Revision von Versailles“
Geschäftsstelle Dresden-A., Augsburger Straße 23, Fernspr. 30123

Allgemeine Volksversammlung

am Mittwoch den 18. Mai abends 8 Uhr im großen Saale des
Vereinshauses Dresden, Zinzendorfstraße

Prof. Dr. Obst-Breslau, Dr. Kolshorn-Berlin und Redner aller Parteien sprechen über:

Versailles und Oberschlesien

Kommt alle, ganz gleich welcher Partei oder welchem Berufe ihr angehört, denn es gilt

den deutschen Volksgenossen in Oberschlesien zu helfen. Eintritt frei!

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

Bezirksgruppe Dresden

1033

In Boxkalf u. Chevreau, schwarz u. farbig, Rindbox, antike Möbelleder, Schien- und Sattelleder, offert und giebt in Lohn Lederfabrik Adolf Lorenz, Löbau i. Sa. 902

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe
Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformstüche, Manchesterrohrs, Altartüche empfiehlt [462]
Hermann Pöschel
Tuchlager
Dresden-A., Scheffelstraße 19
Gegründet 1888

Diese Woche:

Große Neu-Eingänge

auf persönlichen Einkaufsreisen sehr vor-
teilhaft erstanden



Prima Qualitäten

Entzückende Neuheiten

Wir bieten durch diese Angebote un-
bedingt wesentliche Vorteile

Bekannt sind unsere Riesen-Sortimente

Wasch-Kleiderstoffe

Krepon za. 70 cm breit, weiß, rosa, hellblau, flieder, lila, rot, bordo, marine, schwarz . . . Meter	8.75	Musselin in schönen, hellen Mustern, vorzügliche Qualität Meter	10.75
Popeline za. 80 cm breit, prachtvolle Qualität, marine, blau, bordo, hellblau, flieder . . . Meter	19.75	Musselin za. 80 cm breit, in wunderhübschen und mittelfarbigen Mustern u. Tupfen, Mtr. 17.50,	14.50
Kleider-Rips za. 75 cm breit, schwere Qualitäten, weiß, rosa, hellblau, blau, beige, lila, schwarz Meter	27.50	Dirndl Musselin, entzückend, reichhaltige Auswahl Blumenmuster, auch in grellen Farben, Meter 21.50, 18.50, 16.50,	13.50
Frotté za. 110 cm breit, prima Qualität, weiß und in schönen modernen Farben Meter	39.50	Dirndl wunderbare, karierte Muster, entzückende Farben- stellung, bedruckt und gewebt Meter	18.50
Voll-Voile 110 cm breit, weiß, prachtvolle Qualitäten, Meter 36.50, 29.75,	19.50	Lainette 80 cm breit, prachtvolle Kleiderware, weich wie Wolle, entzückende Muster, Meter 29.50, 27.50, 24.50,	22.50
Voll-Voile 110 cm breit, herrliche Qualitäten, in allen modernen Farben, Meter 42.50, 36.50, 29.75,	22.50	Musselin prima reine Wolle, in riesigen Farben- sortimenten Meter	39.00
Voll-Voile za. 70 cm breit, weiß, prachtvolle, gezwirnte Qualität Meter	22.50	Voile za. 73 cm breit, in mittel- und dunkelfarbigen Tupfen und Streifenmustern . . . Meter 18.50,	14.50
Rips 80 cm breit, weiß, für Kostümstücke, feine und starke Rippe Meter 27.50, 22.50,	19.50	Voile 75 cm breit, prachtvolle Qualitäten, in hübschen Streifen, Tupfen u. Blumenmustern, Meter 23.50,	21.50
Panama za. 80 cm breit, weiß, hervorragende Quali- tät Meter 28.50, 26.50,	24.50	Voile 100 und 110 cm breit, prachtvolle Druckmuster, überwältigende Auswahl, Meter 37.50, 31.50, 27.50,	19.50
Zephir prachtvolle Qualität, in schönen Streifen, für Blusen und Hausskleider Meter 19.75,	16.50	Bestickt Voile 110 cm breit, weiß und großes Farbensortiment . . . Meter 42.50,	39.50
Oberhemden-Stoffe — Poral — Meter 19.50, 15.50,	12.75	Tupfen-Mull 75 cm breit, weißgrundig mit rosa, rot, blau, Tupfen nur Meter	24.50
Zephir für Oberhemden und Hemdblusen, 80 c streifen Meter 29.50, 24.50,	19.50	Krepp-Zephir 70 cm breit, in wunderbaren Blusen- streifen, hell- u. mittelfarb., Mtr. 19.75,	15.50

Beachten Sie unsere Spezial-Fenster

Ausberg

Wilsdruffer Straße 6, 8, 10